

## **Anfeindung, Verleumdung und öffentliche Herabwürdigung**

In einem Telefongespräch mit der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde eines Landkreises äußerte eine dortige Mitarbeiterin sinngemäß: *„Als gewählter Bürgermeister stehen Sie nun mal in der Öffentlichkeit und müssen ein gewisses Maß an Angriffen aushalten.“*

Aber wie viel muss man an öffentlicher Anfeindung, Verleumdung und gezielter Herabwürdigung aushalten? Wann ist das Maß voll und man folgt dem Rat im familiären und privaten Umfeld: *„Leg’ dein Amt endlich nieder, du machst dich doch kaputt und keiner dankt es dir!“* In den letzten Jahren habe ich etliche Amtsträger und ehrenamtliche Bürgermeister erlebt, die wegen fortschreitenden Streites und öffentlicher Anfeindung ihr Engagement für ihre Gemeinde aufgegeben haben. Aber muss es soweit kommen?

Zunehmend habe ich festgestellt, dass mein gutgemeinter Ansatz, mich in den ersten Jahren meines Ruhestandes für das Wohl der Gemeinde nochmals ehrenamtlich zu engagieren, mir letztlich Schaden zugefügt hat. Mein persönlicher Ruf und meine Ehre wurden durch einzelne Gemeindevertreter und mit ihnen sympathisierende Bürger beschädigt und öffentlich herabgewürdigt. Wie ich inzwischen weiß, sind meine Erlebnisse vielfach beispielhaft für Menschen, die sich ehrenamtlich in der Politik engagieren. Meine Erlebnisse in den letzten viereinhalb Jahren sind kein Einzelfall – ich weiß von anderen Bürgermeistern und

Amtsträgern, die Ähnliches erlebt haben. Ich bin in den vergangenen Jahren nicht den leisen und wohl auch leichteren Weg des Verschweigens und der Scham gegangen und habe die Anfeindungen und Verletzungen nicht in mich hineingefressen und mich innerlich zurückgezogen. Vielmehr habe ich über diese öffentlichen Beschädigungen und Anfeindungen meiner Person und der Rolle des Bürgermeisteramtes mit den Verwaltungen, dem Landrat und anderen Bürgermeistern klar und unmissverständlich gesprochen.

Bevor ich nun im Einzelnen die öffentlichen Anfeindungen und Beschädigungen am Beispiel meiner Person und an der Rolle des Bürgermeisters beschreibe, erlaube ich mir, die Methoden und Formen einer bewusst herbeigeführten und absichtsvoll initiierten Herabwürdigung und Anfeindung allgemein zu beschreiben:

Die Herabwürdigung eines Menschen ist die systematische Diskreditierung seines öffentlichen Rufes, seines Ansehens und des Prestiges eines Menschen auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer und überprüfbarer Angaben mit unwahren, diskreditierenden, nicht widerlegbaren Behauptungen. Dabei werden vermeintliche berufliche und gesellschaftliche Misserfolge und Fehler zur Untergrabung des Selbstvertrauens genutzt und wenn notwendig und politisch geboten dementsprechend organisiert. Herabwürdigung und Diffamierung gedeihen gut in einem Klima von Misstrauen, Argwohn und gegenseitiger Verdächtigung innerhalb einer Gruppe oder Organisation. Ge-

rüchte und Halbwahrheiten werden bei ausgewählten Personen oder in sozialen Netzwerken platziert und unüberprüfbar als Neuigkeit oder angebliche Wahrheit in Umlauf gebracht. Ideale, Vorstellungen und Pläne werden vielfach systematisch untergraben, mitunter verdreht, öffentlich lächerlich gemacht oder perspektivisch angezweifelt. Rivalitäten oder Meinungsverschiedenheiten werden bewusst ausgenutzt und verstärkt sowie eventuelle persönliche Schwächen zielgerichtet öffentlich benannt.

In der politischen Kultur von Parlamenten sowie in öffentlichen Veranstaltungen und zuletzt gerade bei Demonstrationen erkennbar, sind uns solche Anfeindungen zwischen politischen Gegnern und ebenso zwischen Bürgern und Politikern bekannt. Zunehmend wird auch auf der kommunalen Ebene mit den Methoden der Empörung und der Anfeindung medienwirksam jongliert. Im Amts- und Kreisbereich hat es in einigen Gemeinden Vorfälle und Verunglimpfungen von Mandatsträgern gegeben, die erkennen lassen, dass auch auf dieser kommunalen Ebene der Anstand und kommunikative Spielregeln zunehmend missachtet werden. Die Leidtragenden sind oft diejenigen, die nicht aus Eigennutz solche Ehrenämter angenommen, sondern ehrlichen Herzens das Gemeinwohl im Blick haben. Sie sind diejenigen, die nicht gewappnet sind gegen Verleumdungen, Gerüchte und der öffentlichen Darstellung von vermeintlichen eigenen Schwächen oder Fehlern.

Initiiert vom Bundesministerium des Innern sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und mit Unterstützung des Bundeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wurde ein kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern eingerichtet. Demnach haben die Hälfte der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal selbst Beleidigungen, Bedrohungen oder tätliche Übergriffe erlebt. Betroffen sind Amtsträgerinnen und -träger in Städten, Landkreisen über alle Bundesländer hinweg und zwar unabhängig von Alter, Geschlechts- oder Parteizugehörigkeit. Nach Hinweisen des Amtes und der kommunalen Spitzenverbände in Mecklenburg-Vorpommern habe auch ich mich gemeinsam mit anderen ehrenamtlichen Bürgermeistern an diesem Monitoring beteiligt. Ich wollte die öffentlichen Verleumdungen und Angriffe durch einzelne Gemeindevertreter und Bürger nicht für mich behalten und habe meine Erfahrungen und Beispiele in dieses Monitoring faktenbezogen eingebracht.

Tätliche Angriffe, wie zum Beispiel Bedrängen, Wegschubsen und Schlagen, habe ich nicht erlebt, aber dafür Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung.

Das Ausmaß und die Art und Weise des von mir erlebten Anfeindungsgeschehens hat sich belastend auf meine Tätigkeit als

Bürgermeister ausgewirkt. So entwickelte sich bei mir eine zeitweise Distanz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, weil ich vermutete, jeder im Dorf hätte die verleumdenden Äußerungen und Hassbotschaften in den sozialen Medien gelesen und schaue nun besonders auf mich. Ich brauchte lange, um zu erkennen, dass die Verursacher solcher Hassbotschaften und Verleumdungen nur eine kleine, aber laute Minderheit im Dorf sind und die meisten Mitbürger solche Anfeindungen ablehnen und verurteilen oder gar nicht wahrnehmen. Die Verfasser von online initiierten Hassbotschaften feierten ihre Kurzbotschaften als Event der eigenen Eitelkeit und hatten offenbar Freude an dieser Form von verstreutem Hass. Sie erkannten kaum, welche Rückschlüsse die Empfänger über die Verfasser daraus zogen und auf wie viel Ablehnung sie stießen.

Demokratie wird eben nicht mittels WhatsApp gemacht oder umgesetzt. Wer aber ständig Hass sät, ist wie einer, der täglich Gift zu sich nimmt und hofft, dass sein Gegner daran kaputt geht. Als Ernte fährt man nur Argwohn und Misstrauen ein.

Ebenso beobachtete ich, dass das öffentliche Anfeindungs-geschehen gegen mich und gegen andere Gemeindevertreter engagierte Bürger von Diensten in der Gemeinde abschreckte: *„Wenn ihr so miteinander in der Gemeinde umgeht, dann will ich lieber nicht bei euch mitmachen!“* – war ein mehrfach gehörter Satz. Die Wahrnehmung eines rauerer Umgangstons, insbesondere in Gemeindevertreter-sitzungen und in öffentlichen Kommentaren

auf der Homepage in Verbindung mit dem konkreten Erleben eines intensivierten Anfeindungsgeschehens gegen meine Person, wirkt sich somit auch negativ auf das Engagement von Ehrenamtlichen in der Gemeinde aus. Dies ist insofern hinderlich, als die Beschlüsse der Gemeindevertretung in ihrer Umsetzung unmittelbar für die Einwohner und in ihrem Alltag greifbar und erlebbar werden. Die ehrenamtlich Tätigen haben dabei eine wichtige Scharnierfunktion zu den Bürgern.

Beispiele bzw. Erfahrungen:

Periodisch wurden über mich und zum Teil auch über meinen Stellvertreter über 40 herabwürdigende und ehrverletzende Statusmeldungen in WhatsApp veröffentlicht. Vielfach wurden gemeindliche Vorhaben, Beschlüsse und Bürgermeisterentscheidungen zum Anlass genommen, Rechtsaufsichtsbeschwerden beim zuständigen Amt bzw. beim Landkreis und mitunter auch beim Innenministerium des Landes einzureichen, um darüber erneut bei WhatsApp zu berichten. In den sozialen Medien wurden noch nicht versandte Briefe an die Aufsichtsbehörden vorab veröffentlicht, um damit auf die eigene parteiliche Haltung aufmerksam zu machen.

Als Bürgermeister habe ich in den ersten drei Jahren eine Vielzahl von polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen, rechtsaufsichtlichen und datenschutzrechtlichen Ermittlungsverfahren erleben müssen. Die Verfahren wurden durchweg ohne Anlass zur Eröff-